

## Antrag

der AfD-Fraktion

### Energiewende umsteuern - Für eine neue deutsche Kohlepolitik

Der Landtag stellt fest:

1. Durch die Dauerkrise der letzten Jahre, verbunden mit der derzeitigen Entwicklung der Energie- und Lebensmittelpreise, stehen die Menschen im Land Brandenburg vor einer nie da gewesenen sozialen Notlage.
2. Es bedarf daher neben sofortigen Maßnahmen auch einer langfristigen Umsteuerung der deutschen Energiepolitik, um künftige Notlagen zu verhindern.
3. Der nach § 54 des Kohleausstiegsgesetzes vom 3. Juli 2020 (Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze, Drs. 392/20 - KVBG) zum 15. August 2022 vorgeschriebene Zwischenbericht seitens des Bundeswirtschaftsministeriums, der für das Lausitzer Revier eine hohe Bedeutung hat, liegt nicht vor. Inzwischen findet auf Basis des „Ersatzkraftwerkebereitstellungsgesetzes“ vom 7. Juli 2022 ein temporärer Wiedereinstieg in die Kohleverstromung statt. Auch die Blöcke E und F des Kraftwerks Jänschwalde werden aus der Sicherheitsbereitschaft reaktiviert.
4. Die Bundesregierung verstößt ferner gegen § 55 Absatz 2 des Kohleausstiegsgesetzes, der sie dazu verpflichtet, zu prüfen, „ob bei Fortführung der in diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahme eine preisgünstige Versorgung mit Elektrizität gewährleistet werden kann. Die Bundesregierung ergreift bei Bedarf geeignete Maßnahmen, um eine preisgünstige Versorgung zu gewährleisten.“

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zur nächsten Plenarsitzung des Landtages Brandenburg eine Regierungserklärung über ihre Kohlestrategie und ihr Verhalten gegenüber dem Bund abzugeben,
2. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein vorzeitiger Kohleausstieg 2030 endgültig ausgeschlossen wird, da dieser aus Gründen der Versorgungssicherheit und des gleichzeitigen Umstiegs in den Sektoren Verkehr, Wärme oder gar Industrie auf Elektroenergie nicht sinnvoll und nicht realistisch durchführbar ist,

3. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sämtliche Braunkohlekraftwerke so lange am Netz bleiben, bis eine alternative, grundlastfähige Stromversorgung einsatzbereit ist,
4. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass bestehende Planungen für die Nutzung von Braunkohletagebaue umgesetzt und neue Planungen zugelassen werden, wenn ausgeschlossen werden kann, dass Umsiedlungen vorgenommen werden müssen.
5. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der im Feststellungsteil angesprochene Zwischenbericht schnellstmöglich abgegeben wird.

#### Begründung:

Wie aus allen diesbezüglichen Anträgen der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, die sie bis Dezember 2021 eingebracht hat, hervorgeht, ist die Versorgungskrise in Deutschland historisch und in ihren wesentlichen Ursachen hausgemacht. Die AfD-Fraktion warnt seit Jahren, unabhängig von allen krisenverstärkenden außenpolitischen Ereignissen, vor dem fatalen deutschen Sonderweg in der Energiepolitik.

Zur allgemeinen Planlosigkeit des Wirtschaftsministers Habeck treten neuere Verfehlungen hinzu, wie die vor allem auch Brandenburg betreffende Nachlässigkeit aus seinem Ministerium ist die Nichtumsetzung des im § 54 des KVBG zum 15. August 2022 verankerten Prüfberichts. Es ist ein Indiz für das Scheitern des KVBG. Dies gefährdet den Strukturwandel in seiner Gesamtheit. Davon hängt auch die Vergabe der Strukturmittel für die weiteren Fördermittelperioden ab.

In dem ersten Zwischenbericht sollte es speziell auch um die Folgen für die „Aufrechterhaltung der Wärmeversorgung“ und die „Auswirkungen auf die Strompreise“ gehen.

Im § 55 Absatz 2 KVBG steht ferner geschrieben, dass das Bundesministerium prüft, ob eine Fortführung der im Gesetz vorgeschriebenen Maßnahmen sinnvoll ist, damit eine „preisgünstige Energieversorgung“ gewährleistet werden kann.

Ist dies nicht der Fall, so hat die Bundesregierung geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese preisgünstige Versorgung mit Elektrizität zu gewährleisten.

Auch ist unter § 55 Absatz 4 KVBG festgehalten, dass Maßnahmen zu erfolgen haben, die eine Gefährdung oder Störung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems verhindern.

Der Strompreis könnte im Jahr 2023 auf 500 Euro je Megawattstunde steigen,<sup>1</sup> wobei die Beschaffungskosten das Problem ausmachen. Diese Entwicklung ergibt sich notwendig aus der jahrzehntelang verfehlten, ignoranten Abschaltpolitik der verschiedenen Bundesregierungen.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/strompreisentwicklung-2023-strompreis-koennte-auf-500-euro-pro-megawattstunde-steigen/28689932.html>, abgerufen am 24.09.2022.

Die Kohlekraftwerke gehören daher wieder ans Netz und die Energiewende ist auf den Prüfstand zu stellen, damit Energie für alle Bürger bezahlbar wird. Die vorgezogene Abschaltung der Kohlekraftwerke im Jahr 2030 führt zusammen mit der Abschaltung der Kernkraftwerke zu einer beträchtlichen Grundlastlücke, die keinerlei Einfluss auf den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat. Diese Grundlastlücke kann durch den Ausbau weiterer volatiler Energien nicht gedeckt werden, sie sind nicht versorgungssichernd. Schon der Platzbedarf für den Ausbau der „erneuerbaren Energien“ ist nicht realisierbar. Ein Ausbau dieser volatilen Energieerzeugung über Windenergie- und Photovoltaikanlagen auf das Vielfache sowie der damit einhergehende Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zur Speicherung des anfallenden Überschussstroms und der entsprechenden Netze und Infrastrukturen würden Investitionen im Milliardenbereich erfordern, die kurz- und mittelfristig nicht realisierbar sind und vor allem nicht auf die Verbraucher umgelegt werden dürfen.

Deutschland braucht Braunkohle aus Brandenburg. Sie macht unabhängig von Außeneinflüssen, ist kostenseitig kalkulierbar und versorgungssichernd. Im Grunde ist sie die Freiheitsenergie, die unabhängig macht. Mit den Anschlägen auf die Erdgaspipelines in der Ostsee ist eine baldige Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland unmöglich geworden. Damit rückt die längerfristige Nutzung der Braunkohle wieder in den Fokus. Im Grunde ist sie die Freiheitsenergie, die unabhängig macht - von Diktatoren, Weltmarktpreisen sowie Wind und Wetter.